

Ordentlicher Unterbezirksparteitag KölnSPD

**11. März 2017
Köln – Chorweiler**

**Antragsspiegel II
Änderungsanträge und Voten der
Antragskommission
mit zwei Anlagen
Stand 10.3.2017**



| Nr. | Bezeichnung | Thema | Antragsteller | Antrag und Votum |
|-----|-------------|--------------------|---------------|---|
| 1 | LA1 | Metropolstadt Köln | UBV | <p>Antragskommission: Z. 326: Integration <u>von Geflüchteten</u></p> <p>ÄA OV Ehrenfeld: Streiche Zeile 20 – Votum: Annahme</p> <p>Z. 218 einfügen – Votum: Annahme Präventive Bildungspolitik Gerechte Bildungspolitik heute ist der Grundstein sozialer Gerechtigkeit von morgen. Kölns Teilnahme am Landesprogramm „Kein Kind zurücklassen“ begreifen wir als Chance um einen roten Faden in Kölns Präventionspolitik zu bekommen. Dafür denken wir Jugendhilfe und Schulpolitik zusammen. Mit einem erweiterten Bildungsverständnis wollen wir sowohl die Realisierung der Lebensträume junger Menschen ermöglichen als auch mündige Bürger in unsere Stadtgesellschaft aufnehmen.</p> <p>Da sowohl familiäre Ressourcen als auch das direkte Nahumfeld von Kindern und Jugendlichen bedeutend für das Aufwachsen sind, verfolgen wir die Vision von lokalen Bildungslandschaften in allen Kölner Stadtteilen.</p> <p>Ersetze in Z. 224 und 230 „Chancengleichheit“ durch „Bildungsgerechtigkeit“ - Votum: Annahme</p> <p>- Streiche Zeilen 239 – 254 und ersetze durch: Votum Antragskommission wird nachgereicht</p> |

| | | | | |
|--|--|--|--|---|
| | | | | <p>Daher setzen wir uns für kreative Flächenkombinationen ein. Kita- und Wohnungsbau sind für uns genauso gut auf einer Fläche zu realisieren wie die Verbesserung der kommunalen Sportinfrastruktur durch den Bau von Gebäuden, in denen Umkleiden und Kindertagesstätten gemeinsam untergebracht werden. Wir wollen außerdem ein stärkeres Engagement der Wirtschaft ermöglichen und die Schaffung von Betriebs-Kitas erleichtern.</p> <p>Für die Bedarfe durch veränderte Arbeitszeiten und Schichtarbeit müssen auch im System der Kinderbetreuung passgenaue Lösungen gefunden werden.</p> <p>Der Platzausbau zieht auch einen Fachkräftemangel nach sich, der sich zunehmend verschärft. Dem Mangel an schulischen Ausbildungsplätzen werden wir aktiv in Zusammenarbeit mit der Landesebene entgegenwirken.“</p> <p>Füge hinter Zeile 261 ein: - Votum: Annahme Freiräume ermöglichen</p> <p>Kinder und Jugendliche brauchen Plätze und Räume in unserer Stadt. Bei der Sanierung und Neuanlage von Spielplätzen wollen wir das Nadelöhr der personellen Ressourcen beseitigen. Damit unsere Kinder und Jugendliche spielen und sich entwickeln können, brauchen wir aber auch mehr und besser ausgestattete Anlauf- und Treffpunkte. Unter anderem streiten wir daher weiterhin für die Einrichtung einer offenen Jugendeinrichtung mit medienpädagogischem Schwerpunkt.</p> |
|--|--|--|--|---|

| | | | | |
|---|--------|--|-------------------------|--|
| | | | | <p>Füge nach Z. 284 ein: Votum – Annahme Qualität im Ganzttag ausbauen</p> <p>Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf endet nicht bei der Kita-Betreuung. Wir wollen den nächsten Schritt in der Bildungsoffensive gehen und setzen uns daher für ein Gesetz zur Regelung des schulischen Ganztags ein. Die bisherige Erlasslage verhindert einen Qualitäts-Standard und lastet die Finanzierung auf die Schultern der Kommunen. Wir verfolgen die Vision eines flächendeckenden rhythmisierten gebundenen Ganztags.</p> |
| 2 | A2 SF1 | Sozialversicherungsbeiträge | AK Gesellschaftspolitik | Ablehnung |
| 3 | A3 SF2 | Rückkehr zur Parität in der Sozialversicherung | Jusos-Köln | <p>Annahme mit der Ergänzung (Antragskommission) Verweis an Bundesparteitag zur Erstellung Wahlprogramm BTW 2017</p> <p>Ergänzung nach Zeile 446: <u>An der Forderung nach der Einführung einer Bürgerversicherung halten wir fest.</u></p> |
| 4 | A4 SF3 | Für eine gerechte Steuerpolitik | OV Ehrenfeld | <p>Annahme mit folgenden Änderungen:</p> <p>Streichung 481-484, ersetzen durch: Insbesondere sollten die Besteuerung bei Vererbung von Betriebsvermögen und die Mehrfachinanspruchnahme von Freibeträgen bei der Schenkungssteuer überprüft werden.</p> |

| | | | | |
|---|--------|---|-------------------------|--|
| | | | | <p>504-505 ersetzen durch: 6. Die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer. Sie sollte auf Aktien-, Anleihehandel und Derivatetransaktionen erhoben werden und 0,1 % (bei Derivaten 0,01%) betragen.</p> <p>ergänzen : 7. Die Fortgeltung der Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften, welche von Kapitalgesellschaften gehalten werden und weniger als 10 % der Beteiligung ausmachen (Streubesitz) soll überprüft werden.</p> |
| 5 | A5 SF4 | Steuerfreiheit von Veräußerungsgewinnen | OV Sülz-Klettenberg | Erledigt durch A4 in der Fassung der Antragskommission |
| 6 | A6 SF5 | Erbschaftssteuer Betriebe | AK Gesellschaftspolitik | Erledigt durch A4 in der Fassung der Antragskommission |

Änderungsvorschläge der Antragskommission Stand 10.3.2017 – 10.50 Uhr

| | | | | |
|----|---------|---|-------------------------|--|
| 7 | A7 SF6 | Finanztransaktionssteuer | AK Gesellschaftspolitik | Erledigt durch A4 in der Fassung der Antragskommission |
| 8 | A8 SF7 | Freibeträge Erbschaft und Schenkungen | AK Gesellschaftspolitik | Erledigt durch A4 in der Fassung der Antragskommission |
| 9 | A9 SF8 | Gleichbehandlung Freiberufler Gewerbesteuer | AK Gesellschaftspolitik | Ablehnung (6 Ablehnung - 0 Zustimmung - 2 Enthaltung) |
| 10 | A10 SF9 | Steuerfreiheit Veräußerungsgewinne | AK Gesellschaftspolitik | Erledigt durch A4 in der Fassung der Antragskommission (entsprechend Votum inhaltsgleich A 5) |

| | | | | |
|----|----------|---|-------------------------|--|
| 11 | A11 SF10 | Vermögenssteuer | AK Gesellschaftspolitik | Erledigt durch A4 in der Fassung der Antragskommission |
| 12 | A12 SF11 | Steuerfreiheit für Veräußerungsgewinne von Kapitalgesellschaften Entrichtung Gewerbesteuer auch von Freiberuflern | OV Sülz-Klettenberg | Ablehnung (6 Ablehnung - 0 Zustimmung - 2 Enthaltung) (entsprechend Votum inhaltsgleicher A 9) |
| 13 | A13 SF12 | Reform Rentenversicherung | OV Longerich | <u>Zum Thema Rente liegen mit den Anträgen A 13, A 14 und A 15 drei Anträge vor. Es wird vorgeschlagen, dass Antrag A 13 Grundlage der Beratungen zu diesem Thema wird.</u> Annahme in Fassung der Antragskommission: <u>Füge in Zeile 594 nach „...Kapital“ ein „durch die Berücksichtigung einer ausgeweiteten Steuerfinanzierung.“</u> <u>Ergänzung nach Zeile 628:</u> <u>6. Bei der Reform der Altersversorgung strebt die SPD die Stabilisierung des gegenwärtigen Rentenniveaus und eine schrittweise Anhebung auf bis zu 50 % an. Die gesetzliche Untergrenze des Rentenniveaus soll auf 46 % festgelegt werden. Das Beitragsniveau soll bis 2045 den Wert von 25 % nicht überschreiten.</u> |

| | | | | |
|----|----------|---------------|--------------|---|
| | | | | <p><u>7. Es soll die generelle Zulässigkeit zusätzlicher Einzahlungen in die gesetzliche Rentenversicherung zum Erwerb weiterer Entgeltpunkte geschaffen werden.</u></p> <p><u>8. Bei der Rentenbemessung sollen zukünftig Zeiten von Ausbildung, Studium, Arbeitslosigkeit und Fürsorgearbeit stärker berücksichtigt werden.</u></p> <p><u>9. Die rechtliche Verbindlichkeit von bestehenden Riester-Verträgen bleibt vollumfänglich bestehen. Die Förderung der Verträge mit staatlichen Mitteln muss vereinfacht und transparenter werden. Für jede sozialversicherungspflichtige Beschäftigung soll ein Anspruch auf eine tariflich abgesicherte betriebliche Altersvorsorge bestehen.</u></p> <p><u>10. Wir begrüßen die von der Bundesregierung beschlossene Rentenanpassung in Ost und West bis zum Jahr 2025.</u></p> |
| 14 | A14 SF13 | Rentenpolitik | OV Ehrenfeld | Erledigt durch A 13 in der Fassung der Antragskommission |
| 15 | A15 SF14 | Rentenreform | OV Dellbrück | Erledigt durch A 13 in der Fassung der Antragskommission |

Änderungsvorschläge der Antragskommission Stand 10.3.2017 – 10.50 Uhr

| | | | | |
|----|----------|--|-------------------------|--|
| 16 | A16 SF15 | Altersversorgung | AK Gesellschaftspolitik | Erledigt durch A 13 in der Fassung der Antragskommission |
| 17 | A17 ASG1 | Anspruch auf <u>Rückkehr in</u> Vollzeit | Jusos Köln | Annahme (Annahme 7 - Ablehnung 1 - Enthaltung 0) |
| 18 | A18 ASG2 | Regelung für Krankschreibung reformieren | Jusos Köln | Ablehnung (Annahme 1- Ablehnung 7 - Enthaltung 0) |
| 19 | A19 ASG3 | Tarifliche Gleichstellung von Werksarbeitenden stärken! | Jusos Köln | Annahme |

| | | | | |
|----|----------|--|-------------------------|--|
| 20 | A20 ASG4 | „Ehe für alle“ – völlige Gleichstellung jetzt umsetzen! | Jusos-Köln und AG Queer | Annahme mit folgender Änderung: Streichung Zeile 974 bis 977 |
| 21 | A21 ASG5 | Für mehr soziale Gerechtigkeit – Armut bekämpfen | OV Ehrenfeld | Annahme mit folgenden Änderungen: Ersetzen Z. 1013-1016: <u>Diese Entwicklung wollen wir aufhalten und fordern deshalb:</u> Z. 1018 -1019: Es ist eine Grundsicherung für den Lebensunterhalt einzuführen, <u>die</u> auch die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben mit berücksichtigt und finanziert <u>wird.</u> Ersetzung von Z 1020 – 1022 durch: <u>Die Ausweitung von Ausnahmeregelungen ist abzulehnen, auch im Hinblick auf die Beschäftigung von Geflüchteten. Phasen von Nachqualifizierung müssen überprüfbar befristet sein.</u> Ersetzung Z. 1023 – 1028 durch: <u>Die Beschäftigung von Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Einschränkungen im Sozialen Arbeitsmarkt ist auszuweiten, daneben sind Entfristung und tarifliche Entlohnung anzustreben.</u> |
| 22 | A22 ASG6 | Inklusion muss in Köln mehr Berücksichtigung finden. Die Stadt als Vorreiterin eines inklusiven Köln | OV Ehrenfeld | Annahme in Fassung der Antragskommission Siehe Anlage1 |

| | | | | |
|----|----------|--|---------------|--|
| 23 | A23 ASG7 | Lebenslange Entschädigungszahlungen für durch Blutprodukte HIV- infizierte Personen | SPDqueer Köln | Annahme |
| 24 | A24 ASG8 | Räder für die Veedel | Jusos Köln | Annahme im Einvernehmen mit den Antragstellern in der Fassung der Antragskommission: Zeile 1100/1101 nach „fordern wir“ neu: <u>...das Gebiet des Leihfahradangebotes auf die gesamte Stadt auszudehnen und die Zahl der Leihräder angemessen zu erhöhen.</u> |
| 25 | A25 ASG9 | Nachtverkehr für ein lebendiges Köln | Jusos Köln | Annahme im Einvernehmen mit den Antragstellern in Fassung der Antragskommission: Zeile 1106-1107 in folgender Fassung: Die KölnSPD fordert die Erweiterung des Nachtverkehrs auf unter der Woche. Dazu soll die KVB ein eigenes Nachtbusliniennetz aufbauen, das sonntags bis donnerstags in der Betriebspausenzeit der Bahnen Mobilität durch den öffentlichen Nahverkehr möglich macht und insbesondere die Außenbereiche der Stadt anbindet. Ab Zeile 1108 als Material an die Ratsfraktion und SPD-Mitglieder im KVB-Aufsichtsrat. ÄA OV Ehrenfeld – Votum: erledigt durch Annahme A 25 in der Fassung der Antragskommission - Streiche in Zeile 1118 „im <i>rechtrheinischen der</i> “ und |

| | | | | |
|----|-----------|--------------------------------------|-------------------------------|--|
| | | | | <p>ersetze durch „den“ Streiche in Zeile 1119 „nach Schlebusch/Leverkusen“ Füge ein nach Zeile 1120 „Alternativ zum Bussystem soll eine Ausdehnung des Nachtbahnverkehrs geprüft werden.“</p> |
| 26 | A26 ASG10 | Ost-West Verkehrsachse neu gestalten | Umweltforum Köln SPD | <p>Annahme im Einvernehmen mit den Antragstellern in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Zeile 1158 nach „innerstädtischen“ weiter wie folgt: ÖPNVs, Fahrrad- <u>und Fuß</u>verkehrs ...</p> <p>Ersetzung Zeile 1172/1173 durch: <u>Ziel sind zügige und umweltgerechte Verbesserungen des Verkehrsflusses in diesem Bereich.</u></p> <p>Ab Zeile 1179 als Material an Arbeitsgruppe aus Partei und Fraktion</p> |
| 27 | A27 ASG11 | Jugendarbeit in Ostheim stärken | OV Vingst/Ostheim und SB Kalk | <p>Verweisung an SPD-BV-Fraktion Kalk und an SPD-Ratsfraktion</p> |

| | | | | |
|----|-----------|---|--|---|
| 28 | A28 ASG12 | Gesamtschule für Deutz und Kalk | SB Kalk | <p>Annahme im Einvernehmen mit den Antragsstellern in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Zeilen 1228 – 1235 werden wie folgt neu gefasst:</p> <p>Der Unterbezirksparteitag der KölnSPD unterstützt die Forderung und den Beschluss der Bezirksvertretung Kalk vom 29.10.2015 sowie des Schulausschusses vom 29.08.2016 und Stadtentwicklungsausschusses vom 10.11.2016 auf Antrag der SPD-Fraktion zur Schaffung einer dringend benötigten Gesamtschule in Kalk. Die Stadt Köln wird aufgefordert, in enger Abstimmung mit dem Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW und der Landesregierung kurzfristig eine Alternativlösung für die Organisation der Baustellenlogistik betr. den Bau der Fachhochschule zu finden, um die Übertragung des Grundstücks zwischen dem Walter-Pauli-Ring und der Gummersbacher Straße für den Schulbau an die Stadt Köln zum Bau einer neuen Gesamtschule zu ermöglichen.</p> |
| 29 | A29 ASG13 | Kalk Süd gestalten – Hallen Kalk erhalten | Kalk-Humboldt/Gremberg; Stadtbezirk Kalk | <p>Annahme im Einvernehmen mit den Antragsstellern in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Zeilen 1283 – 1286 werden wie folgt neu gefasst:</p> <p>Die KölnSPD unterstützt die Forderung zur Erhaltung und der Sanierung der Hallen Kalk (Hallen 75, 76 und 77) und spricht sich für ein den Bedürfnissen des Stadtteils Kalk entsprechendes Gestaltungs- und Nutzungskonzept für den Kalker Süden aus. Die von der Bezirksvertretung Kalk am 28.01.2016 beschlossenen Aspekte sollen in die Abwägung des vom Stadtentwicklungsausschuss des Rates der Stadt Köln bereits am 23.06.2016 in Auftrag gegebenen</p> |

| | | | | |
|----|-----------|---|------------|--|
| | | | | <p>Entwicklungskonzeptes über das gesamte Areal im Kalker Süden einbezogen werden</p> <p>Hierzu gehören: (dann weiter wie Antragstext)</p> <p>Ergänzen Zeile 1307 nach „weiterentwickelt werden.“: <u>Gleichwohl steht die KölnSPD zu dem Bekenntnis einen „Gewerbegürtel entlang der Dillenburger Straße zu erhalten.“</u></p> <p>Dann weiter mit: „Die Pflanzstelle und der Garten “</p> |
| 30 | A30 ASG14 | Seniorenvertretungswahlen | Jusos Köln | Annahme |
| 31 | A31 ASG15 | Wirtschaftsstandort Köln stärken | Jusos Köln | Verweis an Kölner MdL und Ratsfraktion |
| 32 | A32 ASG16 | Mehr Grundstücke für das Studierendenwerk | Jusos Köln | <p>Annahme im Einvernehmen mit den Antragsstellern in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Zeilen 1449 -1452 werden wie folgt neu gefasst: Die Stadt Köln wird aufgefordert, in ihren Planungen den Ausbau des sozialen Wohnraums betreffend auch die Lebenssituation von Studierenden, Auszubildenden und jungen Menschen zu berücksichtigen.</p> |

| | | | | |
|----|-----------|-----------------------|------------|---|
| | | | | <p>Hierzu muss der Neubau von Studierendenwohnungen insbesondere durch das Kölner Studierendenwerk erfolgen. Das Land Nordrhein-Westfalen und die Stadt Köln werden aufgefordert, das Kölner Studierendenwerk bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Insbesondere sollen geeignete Grundstücke zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Zur Linderung der Wohnungsnot unter Auszubildenden setzt sich die KölnSPD weiterhin für die Errichtung von Auszubildendenwohnheimen in Köln ein.</p> <p>Die Stadt Köln soll auf geeignete Weise - auch gegenüber der Kölner Wohnungswirtschaft - darauf hinwirken beim Neubau von Wohnraum insbesondere auch für die vorgenannten Zielgruppen vermehrt 1-Zimmer-Apartments sowie WG-taugliche Wohnungen zu realisieren.</p> |
| 33 | A33 ASG17 | Drogenpolitik in Köln | Jusos Köln | <p>Annahme im Einvernehmen mit den Antragsstellern in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Zeile 1457 „Drogenkonsumräume“ statt „Druckräume“</p> <p>nach Zeile 1464 neu: <u>Der kontrollierte Drogenkonsum muss zwingend von entsprechenden Drogenhilfeangeboten begleitet werden. Ziel muss dabei die sozialarbeiterische Betreuung der Drogenkranken sein. Hilfen zum freiwilligen Ausstieg müssen gewährleistet werden, um Drogenkranken langfristig Perspektiven zu eröffnen.</u></p> |

| | | | | |
|----|-----------|---------------------------|---------------|--|
| 34 | A34 ASG18 | Zülpicher Straße autofrei | Jusos Köln | <p>Annahme in der Fassung der Antragskommission:</p> <p>Der Parteitag bittet die SPD-Ratsfraktion und die SPD Fraktion in der BV 1 zu prüfen, durch welche geeigneten Maßnahmen der öffentliche Raum um die Zülpicher Straße zwischen Dasselstraße und Hohenstauenring optimiert werden kann, indem er insbesondere autoärmer und ggfls. autofrei gestaltet wird. Dabei sollen folgende Aspekte besonders einbezogen werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Auswertung des zurzeit noch laufenden Verkehrsversuchs zwischen Bahndamm und Universitätsstraße. - Ein sinnvoller Anschluss des künftigen Radschnellwegs, der an der Bachemer Straße/Universitätsstraße enden wird. - Die Auswirkung der Maßnahmen auf der Zülpicher Straße auf die umliegenden Straßen in den Wohnvierteln. - Die ordnungs- und feuerschutzrechtlichen Auswirkungen solcher Maßnahmen auf das gesamte Quartier zwischen Zülpicher Platz bis zum Bahndamm. |
| 35 | A35 ASE1 | Atomwaffen abschaffen | OV -Ehrenfeld | Votum der Antragskommission wird nachgereicht |

Änderungsvorschläge der Antragskommission Stand 10.3.2017 – 10.50 Uhr

| | | | | |
|----|----------|--|---------------------------|--|
| 36 | A36 ASE2 | Demokratisches und soziales Europa oder weitere Krise und drohender Zerfall! | Europaforum Köln SPD | Annahme |
| 37 | A37 ASE3 | Rüstungsexporte in die Türkei stoppen | OV-Ehrenfeld | Votum der Antragskommission wird nachgereicht |
| 38 | A38 IF1 | Keine Abschiebung nach Afghanistan, in den Irak und weitere Kriegsgebiete | OV Kalk-Humboldt/Gremberg | Votum der Antragskommission wird nachgereicht |
| 39 | A39 IF2 | Integration mit Fussball und Pappnas | Jusos Köln | Annahme im Einvernehmen mit den Antragsstellern in der Fassung der Antragskommission: Die Stadt Köln soll geflüchtete Kinder, Jugendliche und Erwachsene unterstützen, die Mitglied in einem Kölner Sport-, Kultur- oder sonstigen Freizeitverein werden möchten. Auch Vereine, die sich um die Integration von Flüchtlingen bemühen, sollen entsprechend unterstützt werden. |

| | | | | |
|----|----------|------------------------------|------------|--|
| | | | | Bestehende Fördermöglichkeiten, wie das erfolgreiche sozialdemokratische Programm für Kinder und Jugendliche, „Kids in die Clubs“, aber auch Fördermöglichkeiten nach dem Bildungs- und Teilhabegesetz, Ermäßigungen durch den KölnPass und KommAn NRW sollen hierbei genutzt werden. Die Stadt Köln soll prüfen, ob das System von „Kids in die Clubs“ auch auf weitere Arten von Vereinsmitgliedschaften übertragen werden kann. Des Weiteren ist zu prüfen, ob alle Fördermöglichkeiten ausreichend einfach zugänglich und systematisch erfasst sind. |
| 40 | A40 IF3 | Das Richtige tun | Jusos Köln | Neue Fassung vom Antragsteller Siehe Anlage 2 Votum: Annahme der Neufassung |
| 41 | A41 LA 2 | Wir stellen uns auf für 2020 | UBV | Annahme mit folgenden Änderungen: <u>Ergänzung nach Zeile 2139: Wir legen in Zukunft zu den Wahlparteitagen einen Gleichstellungsbericht vor.</u> <u>Ergänzung Zeile 2139 ff: Die KölnSPD fordert die Ortsvereine aktiv auf, auf ihren Mitgliederversammlungen neben den Delegierten zum Stadtbezirk und zum Unterbezirksparteitag auch die Delegierten für alle aktiven Arbeitsgemeinschaften zu wählen, die noch das Delegiertenprinzip in ihren Geschäftsordnungen verankert haben. Den Ortsvereinen wird eine Liste der entsprechenden Arbeitsgemeinschaften zur Verfügung</u> |

| | | | | |
|--|--|--|--|--|
| | | | | <p><u>gestellt.</u></p> <p>Ergänzung nach Zeile 2167: <u>Dabei greift die KölnSPD auch Ideen und Instrumente aus dem Projekt der NRW SPD „Die SPD weiblicher machen“ auf und kooperiert eng mit den Verantwortlichen.</u></p> <p><u>Die KölnSPD strebt an, den Personalentwicklungsprozess „Jünger, weiblicher, bunter“ von 2017 bis 2022 mit einem Projekt einer Kölner Hochschule wissenschaftlich begleiten zu lassen.</u></p> <p>Änderungsantrag 1 OV Rodenkirchen – Votum: Ablehnung (Zustimmung 2 – Ablehnung 6 – Enthaltung 0) Nach Z. 2138 ergänzen: Die Vorstandssitzungen des Unterbezirkes Köln sind mitgliederoffen. Eine Aufteilung der Sitzung in einen mitgliederöffentlichen und nicht öffentlichen Teil ist bei Bedarf denkbar.</p> |
|--|--|--|--|--|

| | | | | |
|--|--|--|--|--|
| | | | | <p>Änderungsantrag 2 OV Rodenkirchen – Votum: Annahme: nach Zeile 2182 wie folgt neu fassen: III. Doppelmandat in der KölnSPD 1. Der Parteitag der Köln SPD bestätigt die bisherige Beschlusslage der KölnSPD zum Thema „Doppelmandat“ und stellt in Übereinstimmung mit dem Parteiratsbeschluss vom 18. April 2016 fest: Die KölnSPD befürwortet die Wahrnehmung von Mandaten durch Mitglieder der KölnSPD in den Bezirksvertretungen, im Rat der Stadt Köln, im Landtag, im Bundestag und im Europaparlament breit zu verteilen. Kein Mitglied der KölnSPD soll mehr als eines dieser Mandate ausüben. Ausgenommen hiervon ist der/die Fraktionsvorsitzende im Rat der Stadt Köln. Eine gleichzeitige Mitgliedschaft im Rat der Stadt Köln und einer Bezirksvertretung ist nur in Ausnahmefällen und nur mit Einwilligung der jeweiligen Stadtbezirkskonferenz zulässig. 2. Unbeschadet dessen duldet die KölnSPD das zeitweilige Doppelmandat der 1. Bürgermeisterin bis längstens zur Konstituierung des 19. Deutschen Bundestages (Herbst 2017).</p> <p>ÄÄ F. Hilgers – Votum: Ablehnung nach Z 2138 einfügen: - Bis 2018 soll nach der Möglichkeit zur breiten innerparteilichen Debatte auch die Frage entschieden werden, ob in der Kölner SPD Parteitage zukünftig über das Delegierten- oder das Vollversammlungsprinzip organisiert werden.</p> |
|--|--|--|--|--|

| | | | | |
|----|----------|---|------------|---|
| | | | | <p>ÄA OV Ehrenfeld – Votum: erledigt durch Annahme in der Fassung der Antragskommission Streiche Zeilen 2185-2200 und ersetze durch: 1. Der Unterbezirksparteitag der Kölner SPD stellt fest, dass die seit Ende der 70-er Jahre gelebte Praxis bezüglich von Doppelmandaten und deren einzige Ausnahme (Vorsitzender der Ratsfraktion) bestätigt wird. Wir erwarten von unseren Mandatsträger/innen, sollten sie in ein weiteres Mandat gewählt werden, dieses entweder nicht anzutreten oder ihr bisheriges Mandat niederzulegen. Dies gilt insbesondere für Mandatsträger/innen in Bezirksvertretungen, Stadtrat, Landtag, Bundestag und Europaparlament.</p> |
| 42 | A42 Org1 | <u>Mit</u> bestimmung für den SPD Nachwuchs | Jusos Köln | Erledigt durch LA 2 in der Fassung der Antragskommission. |
| 43 | A43 Org2 | CSD Köln | Jusos Köln | <p>Annahme in vom Antragssteller geänderter Fassung:</p> <p>Die KölnSPD unterstützt auch 2017 wieder ihre Arbeitsgemeinschaft SPDqueer Köln (ehem. Schwusos) mit Finanzmitteln im Rahmen ihrer Möglichkeiten, damit diese gemeinsam mit SPDqueer NRW und der NRWSPD geeignetes Werbematerial mit hohem Wiedererkennungswert anschaffen und vielleicht einen Truck anmieten kann.</p> |

Änderungsvorschläge der Antragskommission Stand 10.3.2017 – 10.50 Uhr

| | | | | |
|----|----------|---|--------------|--|
| 44 | A44 Org3 | Doppelmandat | OV-Ehrenfeld | Erledigt durch LA 2 in der Fassung der Antragskommission |
| 45 | A45 Org4 | Köln SPD noch weiblicher machen | AsF Köln | Erledigt durch LA 2 in der Fassung der Antragskommission |
| 46 | A46 Org5 | Arbeitsgemeinschaften mit Finanzen ausstatten | AG Queer | Verweis an neu gewählten UBVo |

Antragkommission 10.3.2017 – 1 Uhr

2 **ANLAGE 1 Neu in der Fassung der Antragskommission:**

3 **A22 ASG6: Inklusion muss in Köln mehr Berücksichtigung finden.**
4 **Die Stadt als Vorreiterin eines inklusiven Köln**

5 Antragssteller: OV Ehrenfeld

6 Zur Weiterleitung an: SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln

7 Auf Landesebene liegt mit dem Aktionsplan „Eine Gesellschaft für alle – NRW inklusiv“ ein
8 Handlungsleitfaden für den Weg in eine inklusive Gesellschaft vor. Dazu gehört auch die
9 faire Chance für Menschen mit Behinderung auf einem offenen, integrativen und
10 zugänglichen Arbeitsmarkt den Lebensunterhalt zu verdienen. Mit Aktionen wie „1.000
11 Außenarbeitsplätze für Menschen mit Behinderung“ und auch dem Programm „Integration
12 unternehmen!“ konnten landesweit viele Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt
13 integriert werden. Diese Ansätze müssen in Köln, als Millionenstadt und größter Stadt in
14 NRW, besonders intensiv umgesetzt werden. Die Metropole hat auch hier eine
15 Vorreiterfunktion. Diese Aufgabe kann nicht alleine von der Stadtverwaltung gestemmt
16 werden, sie muss aber Motor und Antreiber sein.

17 Wir fordern die Stadt Köln auf:

- 18 • Die Stadtverwaltung und die städtischen Unternehmen sollen anstreben, mehr
19 Menschen mit Behinderung zu beschäftigen, als es die gesetzliche
20 Mindestbehindertenquote vorschreibt. Damit würden sie eine Vorreiterrolle in der
21 Wirtschaft Kölns übernehmen.
- 22 • Die Oberbürgermeisterin als Vorsitzende des Kommunalen Bündnis für Arbeit soll die
23 Integration von Menschen mit Behinderung in den Arbeitsmarkt als gemeinsame
24 Aufgabe mit den Bündnispartnern IHK, HWK, DGB, Arbeitgeberverband,
25 Einzelhandelsverband auf die Agenda nehmen. Ziel muss eine gemeinsame
26 Erklärung der Verbände und Unternehmen sein, im Rahmen einer gemeinsamen
27 Selbstverpflichtung die gesetzliche Mindestbehindertenquote zu übertreffen.
- 28 • Es ist festzustellen, dass trotz der Spezialisierung von Aufgaben in der Arbeitswelt
29 auch weiterhin „Einfacharbeiten“ abgedeckt werden müssen. „Einfacharbeiten“
30 können eine gute Chance sein, damit auch Menschen mit Behinderung im
31 Arbeitsmarkt Fuß fassen und die eigene Leistungsfähigkeit erfahren. In Köln
32 übernimmt u.a. die KGAB als städtische Tochter die Aufgabe der

33 Beschäftigungsförderung von Menschen nach langer Arbeitslosigkeit mit dem Ziel der
34 Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt. In den Aufgabenbereichen, wo eine gute
35 Möglichkeit zur Integration von Menschen mit Behinderungen zu erwarten ist, wie z.B.
36 im Bewachungs- und Servicebereich, soll die KGAB über die Inhousefähigkeit mit
37 diesen Aufgaben betraut werden.

38

39 • Damit Menschen mit Behinderung im Rahmen ihrer Fähigkeiten und Möglichkeiten
40 eine faire Chance auf einen Ausbildungsplatz erhalten, soll auch bei der
41 Ausbildungsquote ein höherer Anteil an Ausbildungsplätzen, als gesetzlich
42 vorgeschrieben ist, angestrebt werden. Dabei muss die Ausbildung mit der
43 Perspektive einer Übernahme in die Festeinstellung verbunden sein, eine Forderung,
44 die selbstverständlich für alle Ausbildungsverhältnisse gilt.

45 • Bei Baumaßnahmen jeder Art verpflichtet sich die Stadtverwaltung, in
46 Ausschreibungen die Barrierefreiheit mit zu berücksichtigen und Verbindlichkeiten
47 herzustellen. Hier ist es erforderlich bei Planungen Experten (Betroffene) mit
48 einzubeziehen.

49

ANLAGE 2

Neu in der Fassung des Antragsteller

Antragskommission empfiehlt Annahme

A40 „Wie weiter“ in der Geflüchtetenpolitik? Haltung zeigen - Das Richtige tun!

NEUFASSUNG vom Antragsteller JUSOS

Mit Sorge beobachten wir, dass immer noch nicht genug für die Integration von Geflüchteten und die Bekämpfung von Fluchtursachen getan wird.

Fremdenfeindliche Gruppierungen, wie die AfD, haben es im vergangenen Jahr geschafft, Rechtspopulismus in die Mitte der Gesellschaft zu tragen. Ereignisse wie die in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln oder die Anschläge in Paris wurden ausgenutzt, um generell Angst vor Geflüchteten zu schüren. Dass weder die Ereignisse in Köln, bei denen organisierte Diebesbanden gezielt Frauen sexuell belästigt und ausgeraubt haben, noch islamistische Terrorakte Geflüchteten zuzurechnen waren, war nebensächlich.

Die Geflüchtetensituation hat sich ein Stück weit beruhigt, ist aber für viele immer noch unzumutbar. Wir müssen Haltung zeigen und selbstbewusst die Frage des „wie weiter?“ in der Öffentlichkeit bestimmen. Dies geht einher mit dem konkreten Benennen der Probleme. Fakt ist für uns: Es gibt keine zweite Chance zur Integration der Geflüchteten; daher müssen wir diese nutzen.

Unsere Haltung

▲ Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, müssen bei uns Schutz finden. Eine Begrenzung der Zahl der Flüchtenden wird derzeit durch die geschlossene Balkanroute und das Geflüchtetenabkommen mit der Türkei bewirkt. Deutschland muss sich stärker um die Lösung der Konflikte und die Zustände in den Herkunftsländern kümmern.

▲ Ferner muss die Weltgemeinschaft benachbarte Drittstaaten sowie Organisationen, wie das UNHCR mehr unterstützen, um eine Nothilfe für die Geflüchteten vor Ort zu gewährleisten. Die Weltgemeinschaft muss für Schutzzonen für Zivilisten sorgen, in denen die vor dem Bürgerkrieg Flüchtenden Zugang zu medizinischer Versorgung, Lebensmittel und einer menschenwürdigen Unterkunft haben. Für uns steht fest, dass auch die Unterfinanzierung des UNHCR und die unwürdigen Lager in den Nachbarstaaten Teil der Fluchtursachen sind.

▲ Die Europäische Union muss endlich als Ganzes anhand fester Verteilungsschlüssel die erstaufnehmenden Drittstaaten entlasten und Geflüchtete aufnehmen. Hierbei muss ein Fokus auch auf diejenigen gelegt werden, die den beschwerlichen Weg nach Europa nicht erst auf sich nehmen können (Familien und Verwundete).

Was muss in Deutschland passieren?

47 ♣ Asylverfahren müssen mit weiterer Personalaufstockung wirksam beschleunigt
48 werden. Asylsuchende haben ein Recht darauf, dass zeitnah über ihren Antrag
49 entschieden wird. Gleichzeitig muss der Aufenthalt in den oftmals unzumutbaren
50 Erstaufnahme- und Übergangseinrichtungen so kurz wie möglich sein.

51

52 ♣ Mehr Deutschkurse sowie wirksame und umfassende Qualifizierungs- und
53 Eingliederungsmaßnahmen für Asylsuchende! Wenn die Geflüchteten zukünftige Steuer-
54 und RenteneinzahlerInnen werden sollen, muss der Bund kurzfristig eine
55 Bildungsinfrastruktur schaffen, die es ermöglicht die Geflüchteten möglichst schnell an
56 den Arbeitsmarkt heranzuführen.

57

58 ♣ Ein echtes Einwanderungsgesetz, das die komplizierten und bestehenden
59 Regelungen zu Zuzug und Aufenthalt vereinigt. Asylsuchende, die unter den
60 Voraussetzungen des Einwanderungsgesetzes bereits ein Recht auf Zuwanderung
61 haben, würden sofort aus dem Asylverfahren fallen.

62

63 ♣ Mehr Bundes- und Landeszuschüsse für menschenwürdige
64 Erstaufnahmeeinrichtungen sowie eine Gleichverteilung dieser über die Stadtgebiete.

65

66 ♣ Die Belegung von Turnhallen sowie die Konzentration von Geflüchteten auf einige
67 wenige Stadtgebiete in Massenunterkünften ist sowohl für Geflüchtete, als auch für die
68 Anwohner nicht zumutbar. Die Turnhallen müssen endlich menschenwürdigen
69 Unterbringungsformen weichen!

70

71 ♣ Wohnungen bauen! In vielen Ballungszentren herrscht jetzt bereits erhöhter
72 Wohnungsdruck, sodass die Mieten kaum noch bezahlbar sind. Der Bund darf die
73 Kommunen nicht allein lassen, sondern muss sozialen Wohnungsbau und durchdachte
74 Städteplanung umfassender fördern. Zuwanderungspolitik darf niemals in der Errichtung
75 von Armut- und Trabantenvierteln außerhalb der Ballungszentren münden.

76

77 ♣ Ausbau der kommunalen Infrastruktur! Parallel zu dem zu schaffenden Wohnraum
78 muss die Politik für Investitionen in die kommunale Infrastruktur unseres Landes sorgen.
79 Zwar geht es Deutschland auf dem Papier so gut wie lange nicht („Schwarze Null“).
80 Allerdings sind viele Bereiche des öffentlichen Lebens „auf Kante genäht“. Die
81 „Geflüchtetenkrise“ legte dies, bereits in der Vergangenheit unter Vollast laufende
82 System nur offen zu Tage. Deutschland muss die Gelegenheit jetzt nutzen und härter
83 daran arbeiten Versäumnisse der Vergangenheit zwingend zu beheben. Wir brauchen
84 konkret

85 ◦ mehr Ganztageseinrichtungen im Bereich der Bildung (sowohl Kindergärten, als auch
86 Grund- und Gesamtschulen)

87 ◦ mehr Personal im öffentlichen Dienst im Bereich der Bildung und Sicherheit und Justiz

88 ◦ größere Unterstützung für ehrenamtliches Engagement und Vereine im Bereich der
89 Integration, Bildung und Sport

90

91 All dies erfordert mehr Investitionen in die Entwicklung einer Bildungsinfrastruktur zur
92 Qualifizierung der Geflüchteten, aber auch in die kommunale Infrastruktur zur Schaffung
93 von Wohnraum, an dem auch einkommensschwache Bevölkerungsschichten
94 partizipieren können müssen. Der Bund ist gehalten, ein solches Investitionsprogramm
95 aufzusetzen, um die Länder und Kommunen entscheidend zu entlasten. Wir müssen als
96 SPD in der Gesellschaft für die Akzeptanz der Aufnahme von Geflüchteten mit aller

97 Macht kämpfen. Dies kann nur gelingen, wenn eine möglichst rasche Integration
98 gewährleistet wird und einkommensschwache Bevölkerungsgruppen nicht mit den
99 Zuwanderern um Arbeit und Wohnraum konkurrieren.

100

101 Ja, alle diese Maßnahmen sind kurzfristig teuer; doch sie sind nicht nur aus Solidarität zu
102 den Flüchtenden, sondern auch aus ökonomischen Gründen geboten.

103 Arbeitgeberverbände gehen davon aus, dass zukünftig rund 430.000 ZuwandererInnen
104 pro Jahr benötigt werden, um freie Stellen zu besetzen und um in die Sozialsysteme
105 einzuzahlen. Es liegt an uns, dieses Potential auszuschöpfen, indem wir die zu uns
106 zuwandernden Talente erkennen, fördern und in den deutschen Arbeitsmarkt integrieren.

107 Wir brauchen deshalb enorme Investitionen in Qualifizierungsmaßnahmen und

108 Wohnraum, von denen auch diese Schichten profitieren, um Zuwanderung aktiv als

109 Chance für die Zukunft unseres Landes nutzen zu können.